

Vorlage Nr.: LS_79_2025_DS19
Aktenzeichen:

Zuständiger Bereich: Landessynode
Verantwortlich: Henning Boecker
Henning.Boecker@ekir.de

Beschlussvorlage

Umgang mit der gesamtkirchlichen Verantwortung für die bestehenden Versorgungs- und Beihilfelasten

Gremium	Zuständigkeit / Zusatzinfo	Datum / Dauer	Berichterstattung
LS Finanzausschuss (VI)	Federführende Beratung		
LS Innerkirchlicher Ausschuss (IV)	Mitberatung		
Landessynode	Entscheidung		

Anlage(n):
Beschluss 21 - 73.LS 2020
Umlagenhöhen Vergleich
Fehlbetrag Verteilung
Ergebnis perspektivisches Gutachten

Beschluss:

Der Deckungsgrad für die Versorgung und Beihilfe der Pfarrerinnen und Pfarrer sowie der Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte im Ruhestand soll nach dem Beschluss der 73. Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland (LS 2020-B21) bis 2030 70% erreichen.

1. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Versorgungs- und Beihilfesicherungsumlage ab dem 01.01.2026 auf 23 % des Netto-Kirchensteueraufkommens erhöht.
2. Die Kirchenleitung wird beauftragt, die Zielerreichung alle zwei Jahre zu überprüfen. Der Landessynode 2027 ist zu berichten.
3. Die Kirchenleitung wird beauftragt für die Landessynode 2028 einen Vorschlag zum Umgang mit der verbleibenden Gesamtdeckungslücke von 30 % auszuarbeiten.

Begründung:

Mit der Berufung von Pfarrerinnen und Pfarrern sowie Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten ist die Evangelische Kirche im Rheinland erhebliche Versorgungs- und Beihilfe-

feverpflichtungen eingegangen, für die in der Vergangenheit nicht auskömmlich Rückstellungen gebildet wurden.

Die nicht kapitalgedeckten Verpflichtungen aus Versorgung und Beihilfe summieren sich auf 1,3 Milliarden Euro und stellen eine immense Hypothek für kommende Generationen dar.

Gemäß dem derzeitigen Verteilschlüssel ergibt sich für die Landeskirche eine Verpflichtung in Höhe von 92,5 Mio. €, für die Kirchenkreise und Gemeinden insgesamt 1.210 Mio. €.

Die Gesamtverpflichtung ist in der landeskirchlichen Bilanz aufgenommen. Da diese Verpflichtungen aktuell nicht in den Bilanzen der Kirchenkreise ausgewiesen werden, ist dieser Vorlage eine beispielhafte Berechnung beigelegt, die eine Verteilung auf die Kirchenkreise nach dem gängigen Schlüssel der Gemeindeglieder vornimmt.

Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, aber gleichzeitig die Kirchenkreise und Gemeinden finanziell nicht zu überlasten, hat die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland zuletzt 2020 einen weitergehenden Beschluss zum „Umgang mit der gesamtkirchlichen Verantwortung für die bestehenden Vorsorge- und Beihilfelasten“ gefasst (LS2020 Beschluss 21 – Anlage 1).

Darin wird u. a. festgelegt, dass die bereits gebildeten Rücklagen für die Versorgung der Pfarrerinnen und Pfarrer sowie der Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten im Ruhestand bei 70 % der tatsächlichen Verpflichtungen zu stabilisieren sind. Ebenso soll für die Finanzierung von Krankheitsbeihilfen an Pfarrerinnen und Pfarrer sowie Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte im Ruhestand bis 2030 analog zur Versorgung ein kapitalgedeckter Deckungsgrad von 70 % erreicht werden.

Die Kirchenleitung wird mit dem Beschluss beauftragt, notwendige Anpassungen zur Änderung der Versorgungs- und Beihilfesicherungsumlage vorzuschlagen, wenn das erforderlich ist, um die Ziele im genannten Zeitkorridor zu erreichen.

Bislang erwies sich die von der Firma Heubeck AG in ihrem perspektivischen Gutachten 2020 errechnete Umlage für Versorgungs- und Beihilfesicherung in Höhe von 18 % des Netto-Kirchensteueraufkommens als ausreichend, um das Ziel 2030 zu erreichen.

Bereits zu Ende 2022 konnte ein kombinierter Deckungsgrad von 63,3 % erreicht werden (Komponente Versorgung 75,5 %; Komponente Beihilfe 23,5 %).

Vor allem durch die rückläufigen Kirchensteuereinnahmen, die deutlichen Besoldungserhöhungen im Zuge der Inflation und die stark steigenden Beihilfekosten wurde 2023 deutlich, dass der bislang erhobene Beitrag nicht mehr auskömmlich sein wird, um das Ziel 2030 zu erreichen.

Das hat die Kirchenleitung veranlasst, ihrem Auftrag entsprechend die derzeitige Finanzierung kritisch zu hinterfragen. Hierfür wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt, die unter Beteiligung der VKPB und der Firma Heubeck einen neuen Finanzierungsvorschlag ausgearbeitet hat.

Eine aktualisierte Berechnung der Firma Heubeck AG ergab, dass das per Synodalbeschluss festgesetzte Ziel unter Beibehaltung der 18 %-Umlage erst 2038 erreicht würde. Mit dem Beschluss (LS2020 Beschluss 21 – Anlage 1) ist festgelegt, dass das Zieljahr 2030 auch bei Verschiebungen der sonstigen Parameter Bestand haben soll. Dies hat

zur Folge, dass der finanzielle Einsatz anzupassen ist. Als Grundlage dient ein aktualisiertes versicherungsmathematisches Gutachten.

Zu 1.:

Um die notwendige Kapitaldeckung zu erreichen, ist es notwendig, die Versorgungs- und Beihilfesicherungsumlage auf 23 % zu erhöhen. Mit Rücksicht auf etwaige Haushaltsplanungen ist der Prozentsatz so errechnet, dass er erst ab dem Jahr 2026 zu entrichten ist.

Zu 2. und 3.:

Die Annahmen für das versicherungsmathematische Gutachten, z. B. hinsichtlich der zukünftigen Kirchensteuereinnahmen, aber auch der Personalkostenentwicklung unterliegen enormen Schwankungen, daher ist es notwendig, die Zielerreichung regelmäßig – alle zwei Jahre – zu überprüfen.

Selbst bei Zielerreichung besteht noch immer eine Deckungslücke von 30 %. Damit wird immer noch ein erheblicher Teil vergangener Verpflichtungen auf künftige Generationen übertragen. Es ist notwendig, einen Vorschlag zum Umgang mit der verbleibenden Lücke vorzulegen.

Die Arbeitsgruppe hat hinsichtlich dieser enormen verbleibenden Verpflichtungen weitergehende Fragen hinsichtlich des Umgangs mit öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen andiskutiert und weitere Vergleichsrechnung in Auftrag gegeben:

Für die Ausarbeitung der Vorlage wurde mit zwei unterschiedlichen Szenarien des Kirchensteueraufkommens gerechnet.

1. nominal gleichbleibendes Kirchensteueraufkommen
2. sinkendes Kirchensteueraufkommen um jährlich 1,15%

Grundlage für die zwei Szenarien ist die Freiburger Studie aus dem Jahr 2023.

Bei Erhöhung und dann konstanter Fortschreibung der Umlagenhöhe auf 23% bei sonst gleichbleibenden Parametern wird mit Szenario 1 ein Deckungsgrad von 100% im Jahr 2055 erreicht. Szenario 2 hingegen ergibt rechnerisch im Jahr 2055 einen Deckungsgrad von 80%.

Auszug
aus dem Protokoll der Landessynode
der Evangelischen Kirche im Rheinland
vom 15. Januar 2020

Umgang mit der gesamtkirchlichen Verantwortung für die bestehenden Versorgungs- und Beihilfelasten

Beschluss 21:

I.

1. *Der Kapitaldeckungsgrad für die Versorgung der Pfarrerinnen und Pfarrer sowie der Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten im Ruhestand ist bei 70% zu stabilisieren.*
2. *Für die Finanzierung von Krankheitsbeihilfen an Pfarrerinnen und Pfarrer sowie Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte im Ruhestand ist bis 2030 analog zur Versorgung ein kapitalgedeckter Kostendeckungsgrad von 70% zu erreichen.
Zur Finanzierung wird*
 - a) *ein Versorgungs- und Beihilfesicherungsbeitrag erhoben, der ab 2021 von bisher 25% gesenkt und auf aktuell 18% vom Kirchensteueraufkommen (Verteilbetrag) festgelegt wird.*
 - b) *ab 2021 ein stellenbezogener Beihilfebeitrag von aktuell 20% (Beamte im Pfarr- und Schuldienst) bzw. 24% (für andere Kirchenbeamte) der Besoldung erhoben, der entsprechend dem bisherigen Verfahren auf die Umlage gemäß Buchstabe a) angerechnet wird.*
3. *Der Anteil der Landeskirche an der Versorgungssicherung wird entsprechend dem Anteil der nicht-refinanzierten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse der landeskirchlichen Ebene an der Gesamtzahl auf 6,5% festgelegt. Dieser Prozentsatz ist zu plausibilisieren und gegebenenfalls ab dem Haushaltsjahr 2023 im Einvernehmen mit dem Ständigen Finanzausschuss anzupassen.*
4. *Die Kirchenleitung wird beauftragt, in Abhängigkeit von den weiteren Entwicklungen auf Basis jeweils aktueller versicherungsmathematischer Berechnungen und Erkenntnisse der Landessynode notwendige Anpassungen zur Änderung der Versorgungs- und Beihilfesicherungsumlage vorzuschlagen, wenn das erforderlich ist, um die Ziele im genannten Zeitkorridor zu erreichen.*
5. *Die Vermögensverwaltung des Kapitalstocks für die Beihilfesicherung wird der Gemeinsamen Versorgungskasse für Pfarrerinnen und Pfarrer, Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte übertragen mit dem Ziel, das Verfahren der*

Bildung des Kapitalstocks und Auszahlung der Ansprüche analog zur Versorgung durch die VKPB umzusetzen.

II.

Mit der Beschlussvorlage wird den Anträgen der Kreissynode An der Agger betreffend des Wegfalls der Versorgungssicherungsumlage (LS 71 2019, Beschluss Nr. 8.1), der Kreissynode Lennep betreffend des (Teil-)Wegfalls der Versorgungssicherungsumlage (LS 71 2019 Beschluss Nr. 8.11), der Kreissynode Lennep betreffend der Versorgungssicherungsumlagen [LS 72 2019 Beschluss 5.3] und der Kreissynode Niederberg betreffend der Versorgungssicherungsumlagen [LS 72 2019 Beschluss 5.7] Rechnung getragen.

(einstimmig)

Kirchenkreis	Umlage auf Grundlage 18%	Umlage auf Grundlage 23%
Aachen	1.760.064,86	2.785.384,45
An der Agger	1.886.844,57	2.986.019,23
Altenkirchen	868.219,04	1.373.996,99
Bonn	1.058.505,44	1.675.134,07
an Lahn und Dill	1.652.731,80	2.615.524,89
Dinslaken	1.182.455,14	1.871.290,22
Düsseldorf	2.302.675,79	3.644.091,48
Düsseldorf-Mettmann	1.570.349,65	2.485.151,31
Duisburg	1.464.885,96	2.318.250,12
Essen	3.045.023,84	4.818.891,77
Gladbach-Neuss	2.796.968,68	4.426.332,94
Bad Godesberg-Voreifel	1.206.523,29	1.909.379,19
Jülich	1.885.312,72	2.983.595,02
Kleve	1.086.442,16	1.719.345,22
Koblenz	1.860.777,23	2.944.766,45
Köln-Mitte/Nord/Rechtsrh./Süd	6.100.277,30	9.653.972,39
Krefeld-Viersen	2.227.303,79	3.524.811,77
Lennepe	1.414.257,16	2.238.127,69
Leverkusen	1.504.428,35	2.380.827,80
Moers	2.126.098,11	3.364.649,09
An Nahe und Glan	1.239.393,07	1.961.397,14
Niederberg	953.275,43	1.508.602,68
Obere Nahe	1.081.924,51	1.712.195,83
Oberhausen	1.153.479,88	1.825.435,53
An der Ruhr	1.005.462,04	1.591.190,41
Saar-Ost	1.182.558,99	1.871.454,57
Saar-West	1.767.256,74	2.796.765,94
An Sieg und Rhein	2.597.517,16	4.110.691,65
Simmern-Trarbach	782.046,22	1.237.624,50
Solingen	984.301,80	1.557.703,35
Trier	1.311.597,53	2.075.664,05
Wesel	931.569,95	1.474.252,75
Wied	909.760,62	1.439.738,47
Wuppertal	2.031.305,41	3.214.635,24
Summe der Umlage	56.931.594,21	90.096.894,21
Landeskirchlicher Anteil 7,4%	4.351.069,09	6.885.769,09

Versorgung und Beihilfesicherung: Verteilung des Anteils der Kirchenkreise anhand der Gemeindeglieder

Kirchenkreis	Gemeindeglieder zum 31.12.2022	Anteiliger Fehlbetrag Stand 31.12.2022
Aachen	70.245	37.496.739,23 €
An der Agger	74.948	40.007.197,83 €
Altenkirchen	34.288	18.302.914,01 €
Bonn	42.304	22.581.850,04 €
An Lahn und Dill	65.663	35.050.870,35 €
Dinslaken	46.755	24.957.791,20 €
Düsseldorf	92.514	49.383.918,18 €
Düsseldorf-Mettmann	62.512	33.368.868,42 €
Duisburg	58.572	31.265.698,77 €
Essen	121.573	64.895.595,10 €
Gladbach-Neuss	110.900	59.198.354,05 €
Bad Godesberg-Voreifel	47.692	25.457.961,24 €
Jülich	74.455	39.744.034,72 €
Kleve	42.976	22.940.563,24 €
Koblenz	73.558	39.265.216,66 €
Köln-Mitte/Nord/Rechtsrh./Süd	243.647	130.058.623,71 €
Krefeld-Viersen	88.756	47.377.900,02 €
Lennepe	56.449	30.132.442,63 €
Leverkusen	60.373	32.227.071,50 €
Moers	84.918	45.329.177,90 €
An Nahe und Glan	49.153	26.237.842,17 €
Niederberg	38.141	20.359.643,12 €
Obere Nahe	42.977	22.941.097,04 €
Oberhausen	46.052	24.582.530,21 €
An der Ruhr	40.098	21.404.288,55 €
Saar-Ost	46.891	25.030.387,91 €
Saar-West	70.295	37.523.429,20 €
An Sieg und Rhein	103.420	55.205.534,50 €
Simmern-Trarbach	30.819	16.451.163,87 €
Solingen	39.365	21.013.013,59 €
Trier	51.837	27.670.559,77 €
Wesel	36.848	19.669.440,49 €
Wied	36.225	19.336.883,46 €
Wuppertal	81.575	43.544.686,49 €
Gesamt	2.266.794	1.210.013.289,16 €

Fehlbetrag EKIR zum 31.12.2022

1.302.490.085,21 €

abzüglich LK Anteil 7,1%*

92.476.796,05 €

Fehlbetrag der Kirchenkreise

1.210.013.289,16 €

*Erhöhung des Landeskirchlichen Anteils im Jahr 2026 auf 7,4%

**Szenario: 3,75 % Rechnungszins, 3,75 % Vermögensverzinsung, 2,0 % Besoldungsdynamik ab 2026,
5,0 % Kostendynamik im Gesundheitswesen bis 2026, danach 2,5 % p.a.**

Jahr	Anz. Anw	Anz. Lst.	Leistungen	Gesamtbeitrag relativ zum Steuer- aufkommen	Szenario gleichbleibendes Kirchensteueraufkommen				Szenario sinkenden Kirchensteueraufkommen			
					Kirchensteuer- aufkommen	Zahllast EKIR	Deckungsgrad	Vermögen	Kirchensteuer- aufkommen	Zahllast EKIR	Deckungsgrad	Vermögen
2024	1.532	2.721	157 Mio. €	18,0%	707 Mio. €	127 Mio. €	62,3%	2.516 Mio. €	707 Mio. €	127 Mio. €	62,3%	2.516 Mio. €
2025	1.413	2.806	162 Mio. €	18,0%	707 Mio. €	127 Mio. €	63,1%	2.567 Mio. €	699 Mio. €	126 Mio. €	63,0%	2.566 Mio. €
2026	1.419	2.761	165 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	64,5%	2.648 Mio. €	691 Mio. €	159 Mio. €	64,4%	2.643 Mio. €
2027	1.288	2.856	170 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	65,9%	2.725 Mio. €	683 Mio. €	157 Mio. €	65,7%	2.714 Mio. €
2028	1.177	2.925	179 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	67,4%	2.793 Mio. €	675 Mio. €	155 Mio. €	66,9%	2.775 Mio. €
2029	1.059	3.003	188 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	68,7%	2.852 Mio. €	667 Mio. €	153 Mio. €	68,0%	2.824 Mio. €
2030	978	3.042	196 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	70,0%	2.905 Mio. €	660 Mio. €	152 Mio. €	69,1%	2.866 Mio. €
2031	934	3.041	202 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	71,4%	2.954 Mio. €	652 Mio. €	150 Mio. €	70,2%	2.902 Mio. €
2032	890	3.040	205 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	72,9%	3.004 Mio. €	644 Mio. €	148 Mio. €	71,3%	2.936 Mio. €
2033	856	3.031	210 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	74,5%	3.051 Mio. €	637 Mio. €	147 Mio. €	72,4%	2.965 Mio. €
2034	841	2.998	212 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	76,1%	3.097 Mio. €	630 Mio. €	145 Mio. €	73,5%	2.992 Mio. €
2035	826	2.970	215 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	77,7%	3.144 Mio. €	622 Mio. €	143 Mio. €	74,6%	3.017 Mio. €
2036	825	2.924	217 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	78,6%	3.152 Mio. €	615 Mio. €	142 Mio. €	75,7%	3.039 Mio. €
2037	816	2.884	219 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	79,4%	3.159 Mio. €	608 Mio. €	140 Mio. €	76,9%	3.058 Mio. €
2038	810	2.840	220 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	80,3%	3.165 Mio. €	601 Mio. €	138 Mio. €	78,0%	3.076 Mio. €
2039	817	2.784	221 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	81,1%	3.170 Mio. €	594 Mio. €	137 Mio. €	78,0%	3.049 Mio. €
2040	821	2.730	221 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	82,0%	3.175 Mio. €	588 Mio. €	135 Mio. €	78,1%	3.021 Mio. €
2041	826	2.673	222 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	83,0%	3.179 Mio. €	581 Mio. €	134 Mio. €	78,1%	2.993 Mio. €
2042	830	2.617	222 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	83,9%	3.183 Mio. €	574 Mio. €	132 Mio. €	78,1%	2.964 Mio. €
2043	838	2.555	222 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	84,9%	3.188 Mio. €	567 Mio. €	131 Mio. €	78,2%	2.935 Mio. €
2044	850	2.487	221 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	85,9%	3.194 Mio. €	561 Mio. €	129 Mio. €	78,2%	2.906 Mio. €
2045	853	2.425	220 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	87,0%	3.202 Mio. €	555 Mio. €	128 Mio. €	78,2%	2.878 Mio. €
2046	860	2.359	220 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	88,1%	3.211 Mio. €	548 Mio. €	126 Mio. €	78,2%	2.851 Mio. €
2047	866	2.291	218 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	89,2%	3.222 Mio. €	542 Mio. €	125 Mio. €	78,2%	2.825 Mio. €
2048	879	2.216	216 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	90,4%	3.236 Mio. €	536 Mio. €	123 Mio. €	78,2%	2.801 Mio. €
2049	892	2.139	214 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	91,6%	3.254 Mio. €	529 Mio. €	122 Mio. €	78,3%	2.779 Mio. €
2050	897	2.064	211 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	92,9%	3.276 Mio. €	523 Mio. €	120 Mio. €	78,3%	2.760 Mio. €
2051	905	1.983	208 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	94,3%	3.304 Mio. €	517 Mio. €	119 Mio. €	78,3%	2.744 Mio. €
2052	911	1.903	204 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	95,7%	3.337 Mio. €	511 Mio. €	118 Mio. €	78,3%	2.731 Mio. €
2053	914	1.823	200 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	97,1%	3.377 Mio. €	505 Mio. €	116 Mio. €	78,3%	2.723 Mio. €
2054	923	1.736	195 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	98,6%	3.424 Mio. €	500 Mio. €	115 Mio. €	78,3%	2.719 Mio. €
2055	932	1.649	190 Mio. €	23,0%	707 Mio. €	163 Mio. €	100,2%	3.480 Mio. €	494 Mio. €	114 Mio. €	78,3%	2.721 Mio. €